

Blomert, Reinhard

Article — Published Version

Zu diesem Heft - Wie macht man Herrschaft unsichtbar?

Leviathan: Berliner Zeitschrift für Sozialwissenschaft

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Blomert, Reinhard (2017) : Zu diesem Heft - Wie macht man Herrschaft unsichtbar?, Leviathan: Berliner Zeitschrift für Sozialwissenschaft, ISSN 1861-8588, Nomos, Baden-Baden, Vol. 45, Iss. 3, pp. 283-285,
<https://doi.org/10.5771/0340-0425-2017-3-283>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/182565>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Zu diesem Heft – Wie macht man Herrschaft unsichtbar?

»Wir leiden nicht am Rheuma hohen Alters, sondern an den Wachstumsschmerzen überschneller Veränderungen, der Schmerzhaftigkeit des Übergangs von einer wirtschaftlichen Periode zu einer anderen. Der Anstieg der technischen Effizienz ist schneller erfolgt, als wir mit dem Problem der Absorption von Arbeit umgehen können.«¹

Warum sinkt die Produktivität der US-Industrie seit Jahren? Die Statistikbehörden der USA haben bei der volkswirtschaftlichen Bewertung von Computern zu einem Trick gegriffen: Sie verdoppelten den tatsächlichen Ladenpreis mit dem Argument, die Computer »leisteten« doch auch das Doppelte im Vergleich zu denen des Vorjahres«. Auch bei der Bewertung des Finanzsektors, dessen Einkommen lange als »unproduktive Transfers« gewertet wurden, haben sie nachgesetzt und mit einer Reihe derartiger Umwertungen das BIP der USA um »mehr als die Wirtschaftsleistung Schwedens« angehoben, ohne dass irgend etwas zusätzlich produziert worden wäre. Genutzt hat es letztlich nicht viel: Nur auf dem Papier ließ sich das volkswirtschaftliche Wachstum steigern.² Aber ist nicht die Digitalisierung ein Antreiber des wirtschaftlichen Wachstums? Computer bieten doch neue Geschäftsmöglichkeiten und Innovationen, die, nach Schumpeter, Sonderprofite mit sich bringen. Tatsächlich belebt die Digitalisierung zwar die Geschäfte der Computer- und Internetunternehmen ganz erheblich, und sie führt zu großen Erwartungen auf den Aktienmärkten – die Firma Google hat einen Aktienwert von 245 Mrd., Apple von 234 Mrd. und Microsoft von 143 Mrd. US-Dollar (2017), aber volkswirtschaftlich sind sie nicht sehr wertvoll. Mit 90.000 Mitarbeitern bei Apple und 60.000 Mitarbeitern bei Google sind sie volkswirtschaftliche Zwerge gegenüber den traditionellen Industrieunternehmen: Mercedes Benz kommt nur auf einen Aktienwert von 23 Mrd. US-Dollar, beschäftigt aber 282.000 Mitarbeiter, der von Siemens liegt bei 13 Mrd. US-Dollar (2017), aber für die Firma sind 124.000 Mitarbeiter tätig. Die amerikanischen Weltunternehmen des Internet, denen die höchste Aufmerksamkeit von Börsianern, Journalisten und Politikern gilt, schaffen vergleichsweise wenige Arbeitsplätze und zahlen kaum Steuern.

Die Digitalisierung wird von den Staaten und von der Europäischen Union als Infrastrukturaufgabe im Standortwettbewerb verstanden, und Netzausbau und Unternehmensgründungen werden mit Milliarden von Steuergeldern gefördert. Aber »das schmutzige kleine Geheimnis des Silicon Valleys«, wie es Steven Hill einmal genannt hat, lautet: »Sieben von zehn Start-up-Unternehmen scheitern, neun von zehn erreichen niemals die Gewinnzone. Viele von ihnen spezialisieren sich auf Produkte oder Dienstleistungen, die cool anmuten, von denen sich aber über kurz

1 John Maynard Keynes 1930. »Wirtschaftliche Möglichkeiten unserer Enkelkinder«, in *The Nation & The Athenaeum* vom 11. und 18. Oktober.

2 Vgl. Norbert Haering 2017. »Kann man Zinsen essen?«, in *Handelsblatt* vom 17. Juli 2017, S. 12.

oder lang herausstellt, dass es keinen Markt für sie gibt.«³ In Europa machen sich München, Berlin und Paris Konkurrenz um den Platz an der Spitze der europäischen Städte, die Internetfirmen Fördergelder, Steuererleichterungen und ein Umfeld bieten, in denen diese Firmen agieren können. Doch die Erwartungen, die damit geweckt werden, haben keine andere Grundlage als die Phantasie. »Nicht die Verknappung der natürlichen Ressourcen dämpft das Wachstum, sondern die Verschiebung hin zu Sektoren mit niedrigerem Produktivitätswachstum.«⁴ Handel und Dienstleistungen werden typischerweise zu den technologisch weniger dynamischen Wirtschaftsbereichen gezählt. Können die weniger Arbeitsplätze, die dort geschaffen werden, können die Heerscharen von Scheinselbstständigen und Freiberuflern, die oft in prekären Verhältnissen ohne Sicherheit und Sozialleistungen leben, die Ausgaben rechtfertigen, die die Steuerzahler dafür aufbringen? Die Aussichten sind also eher düster. Trotzdem tut sich die Kritik an dieser Entwicklung so schwer, und man findet vor allem erstaunliche Unterstützung in der veröffentlichten Meinung.

Offenbar steckt noch etwas anderes hinter diesem Digitalisierungswahn, wenn wir einmal von dem allgegenwärtigen Kontrollinteresse des Handels (»know your customer«) und des Staates selbst absehen. Denn wie lässt sich erklären, dass diese ursprünglich für das Büro produzierten Maschinen sich ins Privatleben ausgebreitet haben? Eine Antwort bietet der Beitrag von Janosch Schobin in diesem Heft.

Das Maß der Politik ist das Wachstum. Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs werden nicht nur die Wohnungen, Autos und Flugzeuge größer, sondern wir selbst auch. Und dieses Wachstum der Überflussesgesellschaft birgt Umweltzerstörung in sich, die bis zur Selbstzerstörung geht, wenn sich die Konsumsucht etwa als Adipositas zum Ausdruck bringt, einer Krankheit, die in den letzten Jahrzehnten in großem Maße zugenommen hat. Aber wer bestimmt das Maß des Körpers? Gibt es natürliche Körpermaßstäbe? Sind die Grenzen der Natur nicht zunächst kulturelle Grenzen? Essen ist etwas Soziales, und die Art, wie wir essen, ist kulturell geprägt von gesellschaftlichen Institutionen und der sozialen Ordnung, betrifft also moralische Fragen nach dem, was als gut oder schlecht gilt. Tanja Paulitz und Martin Winter eröffnen dementsprechend in diesem Heft eine Perspektive auf »eine Soziologie des Körpers«, eine »wissenschaftliche Soziosomatik« (Georg Simmel), in der die Gesellschaft die »Funktionen des Organismus direkt« prägt, während umgekehrt »der Organismus der Gesellschaft Grenzen setzt« durch Diskurse und Praktiken in der naturwissenschaftlich ausgerichteten Ernährungsforschung, in der staatlichen Gesundheitspolitik oder in medialen Anleitungen zur »richtigen« Ernährung. So finde sich in vergeschlechtlichten Körperbildern zugleich der Anspruch der diätischen Formung des Körpers durch eigens zu diesem Zweck hergestellte Lebensmittel (zum Beispiel »light«), die sich immer wieder an einer körperlichen Eigenlogik (»Jo-Jo Effekt«) brächen. Ansätze wie in der Epidemiologie oder in den *Fat Studies* wiesen

3 Steven Hill 2017. »Gastkommentar: Warnung und Verheißung«, in *Handelsblatt* vom 16. Juni 2017.

4 Heinz D. Kurz 2017. »Ein Gespenst geht um in Europa, das Gespenst säkularer Stagnation. Ein theoriegeschichtlicher Rückblick«, in *Studien zur Entwicklung der ökonomischen Theorie*, hrsg. v. Caspari, Volker. Berlin: Duncker & Humblot (im Erscheinen).

dabei auch verstärkt auf den Zusammenhang von sozialen Ungleichheits- und Herrschaftsverhältnissen hin.

Die Körpernormen und damit auch die Essensnormen werden in der Oberschicht bewusster beachtet. Die Erfüllung dieser Normen ist geradezu ein Code der Zugehörigkeit, der schon früh eingeübt wird. Das Motiv der Zugehörigkeit beziehungsweise Statusreproduktion erklärt auch die Vorliebe von pekuniär besser gestellten Bevölkerungsschichten, ihre Kinder auf Privatschulen zu schicken: Trotz klarer gesetzlicher Vorgaben, dass die Privatschulen nicht zur Elitenbildung führen sollen, lassen sich eindeutige Tendenzen in dieser Richtung ausmachen, wie der Beitrag von Marcel Helbig, Rita Nikolai und Michael Wrase zeigt.

Wenn die Aussichten auf Erträge aus Investitionen sich angesichts der »säkularen Stagnation« ganz allgemein verdüstern, so gibt es doch noch immer Bereiche, die für Investoren Lichtblicke darstellen: Es sind insbesondere Bereiche, die aus der öffentlichen Verwaltung entlassen und privatisiert werden sollen. Landnahme ist der Ausdruck für den Expansionsdrang des Kapitals, seinen Hunger nach Mehrwert. Unser Autor Daniel Seikel zeigt, dass solche neuen Bereiche zur Aneignung von Mehrwert geschickterweise nicht mehr von den demokratisch verfassten Nationalstaaten eröffnet werden, sondern von supranationalen Gebilden, die als Institutionen des Welthandels oder als Zusammenschlüsse von Staaten zu Märkten daherkommen: Damit lassen sich die demokratischen Elemente der nationalen Politik umgehen und die Entwicklungen als scheinbar unpolitische technische Vorgänge verkaufen – die Landnahme wird erleichtert. Das Großprojekt TTIP musste abgesagt werden, die öffentlichen Reaktionen waren verheerend und haben den Parteien zugesetzt. Hören die Politiker nicht auf die warnenden Stimmen? Eine wissenschaftliche Politikberatung kann, solange sie wissenschaftliche Qualitätsmerkmale beachtet, nur Möglichkeiten aufzeigen, die von Unsicherheit geprägt sind, wie Holger Bähr in seinem Beitrag zeigt.

So wurde der Euro – entgegen allen Warnungen von Ökonomen – als politisches Prestigeprojekt durchgesetzt. Dass die Leistungsbilanzen seit Beginn auseinanderliefen, schien vor der großen Krise niemandem aufzufallen. Die Bruchlinien in der EU waren vorgezeichnet – unser Autor Fritz W. Scharpf zeigt das Modell einer Alternative auf.

Reinhard Blomert